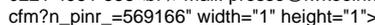




Michael Hüther in der Bild: Darum wird der Mindestlohn Jobs vernichten

Michael Hüther in der Bild: Darum wird der Mindestlohn Jobs vernichten
Am Donnerstag soll der Mindestlohn vom Bundestag beschlossen werden. Die Regierung hat mittlerweile erkannt, dass Ausnahmen vom Gesetz Sinn machen. Das begrüßt IW-Direktor Michael Hüther in seiner Kolumne "Der Wohlstands-Hüter" für die Bild-Zeitung. Doch für den Wissenschaftler ändern die Ausnahmen nichts an der grundsätzlich falschen Richtung, in die ein staatliche Lohnfestsetzung führt.
Der Mindestlohn kommt, morgen soll das Gesetz durch den Bundestag.
Da kocht die Stimmung noch mal hoch: Diesmal regen sich die Gewerkschaften auf, wegen der vielen Ausnahmen. Selbst die SPD reagiert auf die Kritik pikiert. Denn die Ausnahmen sollen das schlechte Gewissen beruhigen.
Sorgt man sich nun doch um Arbeitsplätze?
Grundsätzlich führt ein Mindestlohn - wie jeder Mindestpreis, der über dem Marktpreis liegt - zu einer geringeren Nachfrage, also weniger Arbeit. Es sei denn, so die Befürworter eines Mindestlohns, wir sind in einer Welt der Schmutzkonkurrenz mit Hungerlöhnen konfrontiert. Dies ist im Hochlohnland Deutschland allenfalls ein extremes Randphänomen.
So trifft der Mindestlohn Arbeitsplätze, die bisher aus anderen Gründen geringer entlohnt werden: fehlende Zahlungsbereitschaft der Kunden, mangelnde Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer.
Einige Beschäftigte werden künftig tatsächlich den höheren Lohn bekommen, wenn die Kunden mehr zahlen oder der Arbeitgeber auf Einkommen verzichtet. Dort, wo das nicht geht, wird der Arbeitsplatz verschwinden. Das hat die Regierung mühsam erkannt: Für Langzeitarbeitslose, Saisonkräfte, Erntehelfer, Zeitungszusteller und Praktikanten soll es Ausnahmen geben. Das ist aus verständlichen Argumenten jeweils gut begründet. Es ändert aber nichts an der grundsätzlich falschen Richtung einer staatlichen Lohnfestsetzung.
Die vorgesehene Kommission ist dafür nur ein Tarmantel.
Bei uns vereinbaren die Sozialpartner autonom Mindestlöhne. Dort, wo das nicht gelingt, greift das Arbeitslosengeld II als Grundsicherung. Viele klagen über die Aufstocker, die Lohn aus zwei Tüten erhalten: von Arbeitgeber und Jobcenter.
Daran ändert der Mindestlohn wenig - und das ist gut so: Denn der Zuverdienst baut eine Brücke in Beschäftigung.
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21
50459 Köln
Deutschland
Telefon: 0221 4981-1
Telefax: 0221 4981-533
Mail: presse@iwkoeln.de
URL: www.iwkoeln.de


Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.